Niederschrift Nr. 10/2011 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus der Stadt Wilhelmshaven am Montag, den 10.10.2011 um 14 Uhr im Ratssaal des Rathauses

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglieder SPD-Fraktion:

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ausschussmitglied Ursula Aljets
Ausschussmitglied Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Siegfried Neumann
Ausschussmitglied Norbert Schmidt

Mitglieder CDU-Fraktion:

Ausschussvorsitzende Ursula Glaser
Ausschussmitglied Stephan Hellwig
1. Bürgermeister Fritz Langen
Stellv. Ausschussvorsitzender Bernhard Rech
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter

Mitglieder FDP-Fraktion:

Ausschussmitglied Susanne Bauermeister
Ausschussmitglied Dr. Michael von Teichman
Ratsmitglied Horst Radmer

Mitglieder Gruppe BASU/Tholen:

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ausschussmitglied Joachim Tjaden

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ausschussmitglied Werner Biehl

Rat der Gemeinde Wangerland:

beratendes Mitglied Klaus Lammers (*fehlte entschuldigt*)

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Graul

Von der Verwaltung:

Insa Rogel (13)
Fachbereichsleiter Arnold Preuß (13)
Fachbereichsleiter Udo Weiß (14)
Bernd Broszeit (14)
Fachbereichsleiter Jörg Valnion (20)

Vom Eigenbetrieb:

Betriebsleiter Hubert Rüttgers (SDW)
Betriebsleiter Oliver Leinert (GGS)
Betriebsleiter Holger Kullik (TBW)
Betriebsleiter Tim Menke (TBW)
Norbert Giersdorf (RNK)

Von den Gesellschaften:

Jürgen Janßen (WFG)
Henry Fauerbach (VHS/MS)
Tim Alter (SWW)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.09.2011	
4	Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:	
4.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO	**290/2011**
5	Vorlagen an den Rat:	
5.1	Jahresabschluss 2007 (Kernverwaltung), Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes, Ausgleich von Fehlbeträgen, Zuführung zu den Überschussrücklagen, Entlastung des Oberbürgermeisters	**224/2011**
5.2	Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2008-2010	**286/2011**
5.3	Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2012	**255/2011**
5.4	Änderung der Hundesteuersatzung	**256/2011**
5.5	Aufhebung Jagdsteuersatzung	**295/2011**
5.6	Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer	**267/2011**
5.7	Wirtschaftsplan 2012 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH	**287/2011**
5.8	Wirtschaftsplan 2012 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH	**288/2011**
5.9	Wirtschaftsplan 2012 der Beteiligungsgesellschaft der Stadt Wilhelmshaven	**289/2011**
5.10	Wirtschaftsplan 2012 des RNK-Eigenbetriebes	**291/2011**
5.11	Wirtschaftsplan 2012 der Städtischen Datenverarbeitung Wilhelmshaven	**274/2011**
5.12	Satzung zur 1. Änderung der Satzung für die städtischen Friedhöfe der Stadt Wilhelmshaven vom 28.11.2007	**292/2011**
5.13	Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Friedhöfe der Stadt Wilhelmshaven vom 17.11.2010	**293/2011**
5.14	Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven (Straßenreingungs-Gebührensatzung)	**305/2011**
5.15	Wirtschaftsplan TBW 2012	**306/2011**
5.16	Beteiligung der Kernverwaltung an den Nettoverkaufserlösen aus Grundstücksveräußerungen des Eigenbetriebes GGS, Verzinsung	**124/2011**
5.17	Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes GGS	**285/2011**
6	Mitteilungen und Anfragen:	
6.1	Schwerlastverkehr Südstadt	

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.09.2011

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.09.2011 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

4.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO **290/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme folgender Geldspenden:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Ausbildungswerkstatt des Marinearsenals	ca. 1.500,00 €	Eigenbetrieb Technische Betriebe Wilhelmshaven
2. Rotary Club Wilhelmshaven	578,19 €	Projekt „Schüler helfen Schülern“ GS Rheinstr.
3. Bauverein Rüstringen	1.200,00 €	Zuschuss Mittagessen, GS Siebethsburg
4. Rotary Club Wilhelmshaven	720,00 €	Unterstützung der Nachmittags- und Hausaufgabenbetreuung, GS Rheinstr.

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Jahresabschluss 2007 (Kernverwaltung), Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes, Ausgleich von Fehlbeträgen, Zuführung zu den Überschussrücklagen, Entlastung des Oberbürgermeisters **224/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Erster Stadtrat Stoffers führte zum Jahresabschluss 2007 aus:

- Der vorliegende Jahresabschluss 2007 sei durch die Kämmerei ohne Hinzuziehung von externen Beratern und Dienstleistern erstellt. Die Prüfung erfolgte allein durch die MitarbeiterInnen des städtischen Rechnungsprüfungsamtes.

- Die verspätete Vorlage des Jahresabschlusses 2007 resultiere aus dem frühen Umstellungszeitpunkt auf das Neue-Kommunale-Rechnungswesen (NKR).

- Mit der Umstellung auf das NKR zum 1. Januar 2007 gehörte Wilhelmshaven zu den ersten Kommunen in Niedersachsen. Der vom Land Niedersachsen festgelegte Umstellungszeitraum ende dabei erst zum 01.01.2012. Mit dem Jahresabschluss 2007 liege für den Bereich der Kernverwaltung nun erstmalig eine vollständige Vermögens- und Schuldenbewertung sowie eine vollständig periodengerechte sowie ressourcenverbrauchsorientierte Ergebnisrechnung vor.

- Die Bilanzsumme und somit der Gesamtrestwert der Vermögensmasse im Bilanzeigentum der Kernverwaltung sinke 2007 von rd. 325 Mio. € auf rd. 318 Mio. €. Auf der Passivseite der Bilanz entfielen ca. 116 Mio. € auf die Pensionsrückstellungen. Dies seien allein 38 % der Bilanzsumme und 90 % der gesamten Rückstellungen.

- Die in 2007 erwirtschafteten Überschüsse in Höhe von rd. 19 Mio. € dienten zunächst der Abdeckung der Fehlbeträge aus Vorjahren. Die übrigen Überschüsse würden den Überschussrücklagen zugeführt werden. Ursächlich für den Überschuss seien insbesondere außergewöhnlich hohe Erträge aus der Gewerbesteuer gewesen.

- Der Jahresabschluss 2008 liege mittlerweile als Entwurf vor. Hier müssten jedoch noch Änderungen aus der Prüfung des Jahresabschlusses 2007 eingepflegt werden, bevor die Unterlagen zur Prüfung an das RPA gegeben werden können. Für das Jahr 2009 seien die notwendigen Jahresabschlussbuchungen größtenteils erfolgt, der Abschluss könne nach der Überarbeitung des Jahresabschlusses 2008 zügig erstellt werden. Der Jahresabschluss 2010 befinde sich derzeit in Vorbereitung.

Herr Dr. von Teichman dankte den MitarbeiterInnen des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) sowie des Fachbereiches Finanzen für die geleistete Arbeit. Der nun vorliegende Jahresabschluss 2007 sowie der Schlussbericht des RPA enthielten eine Vielzahl von neuen und für die Ratsarbeit wichtigen Hintergrundinformationen.

Herr Prof. Reuter stellte heraus, dass die Haushaltsplanung 2007 seinerzeit noch einen Fehlbedarf von rd. -1,24 Mio. € prognostizierte und tatsächlich zum Jahresabschluss 2007 ein Überschuss in Höhe von rd. 18,7 Mio. € erzielt werden konnte. Des Weiteren formulierte er die Fragen, ob die Jahresabschlüsse auch noch einem Prüfungsverfahren durch die Kommunalaufsicht unterliegen sowie zur Entlastung des Oberbürgermeisters für die Haushaltsjahre 2008 bis 2010.

Herr Stoffers antwortete, eine weitere Prüfung der kommunalen Jahresabschlüsse durch die Kommunalaufsicht sei gesetzlich nicht vorgesehen. Es bestehe hier gegenüber der Kommunalaufsichtsbehörde auch lediglich eine Vorlagepflicht, keine Genehmigungspflicht. Es finde lediglich in regelmäßigen Abständen eine allgemeine überörtliche Prüfung durch die Kommunalprüfungsanstalt (KPA) statt. Hinsichtlich der Entlastung für die Jahre 2008 bis 2010 gehe diese auf den neuen Oberbürgermeister über.

Abschließend kündigte **Herr Dr. von Teichman** an in der konstituierenden Sitzung im neuen Rat erneut einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Rates zur Bildung eines Rechnungsprüfungsausschusses zu stellen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat beschließt den Jahresabschluss 2007 der Stadt Wilhelmshaven (*Kernverwaltung*) unter Kenntnisnahme des Schlussberichts des Rechnungsprüfungsamtes einschließlich der Stellungnahme des Oberbürgermeisters.

2. Der Jahresüberschuss im ordentlichen Ergebnis 2007 i.H.v. 18.743.868,65 € wird zunächst zur Deckung des Sollfehlbetrages aus dem letzten kameralen Abschluss (2006) verwendet (9.383.467,12 €). Der übrige Betrag i.H.v. 9.360.401,53 € wird den ordentlichen Überschussrücklagen zugeführt. Der Jahresüberschuss im außerordentlichen Ergebnis 2007 i.H.v. 492.684,46 € wird den außerordentlichen Überschussrücklagen zugeführt.

3. Dem Oberbürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2007 Entlastung erteilt.

5.2 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2008-2010 **286/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman lobte die Verwaltung für eine zeitnahe und vollständige Vorlage des Beteiligungsberichts. Hier seien beispielsweise alle Informationen zum Stand der Schulden im Konzern Stadt für jede interessierte Person ablesbar, anders als noch im Wahlkampf von einigen Bewerbern dargestellt. **Herr Prof. Reuter** warf ein, dass hierfür jedoch Kenntnisse im Umgang und zur Interpretation von Jahresabschlüssen von Nöten seien. Leider sei es dem noch amtierenden Rat in der abgelaufenen Legislaturperiode nicht gelungen, einen Umbau im Konzern Stadt zu gestalten. Dies sei ein dringliches Problem, welchem sich der neue Rat unbedingt annehmen müsse.

Herr Dr. von Teichman wies auf die aus seiner Sicht enormen Belastungen des Kernhaushalts neben den Zuschüssen aus den Jahresverlusten im Konzern Stadt hin, allein für 2010 in Höhe von 7,3 Mio. €. Er sah hier dringenden Handlungsbedarf, insbesondere im Bereich des Reinhard-Nieter-Krankenhauses sowie bei den Stadtwerken. **Herr Prof. Reuter** wies diese Kritik als unangemessen zurück. Einige Betriebe im Konzern Stadt, wie z.B. die WTF, die Verkehrsbetriebe, das nautimo und weitere seien nun einmal „geborene Verlustbringer“. Gänzlich ohne Verluste seien diese Betriebe folglich nicht zu betreiben. Würden ihre Tätigkeiten nicht durch die Gesellschaften erledigt, so hätte der Kernhaushalt diese ohnehin zu finanzieren.

Herr Dr. von Teichman entgegnete, es müsse dennoch gelingen, die defizitären Gesellschaften durch vernünftige Steuerungs- und Zielvorgaben durch Rat und Aufsichtsräte in eine positive Entwicklung zu lenken.

Oberbürgermeister Menzel stellte heraus, dass insbesondere die Stadtwerke durch den Umbruch im Gas- und Energiesektor belastet seien. Weiterhin würden die städtischen Gesellschaften durch z.B. bundespolitische Entscheidungen oder Tarifsteigerungen erheblich belastet. Das Reinhard-Nieter-Krankenhaus komme immerhin seit nunmehr 30 Jahren ohne städtische Zuschüsse oder sonstige Belastungen für den Kernhaushalt aus. Auch habe die Errichtung des „Ärztehauses" dem RNK erheblich geholfen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt den vorgelegten Beteiligungsbericht mit den Jahresabschlüssen 2008-2010 in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

5.3 Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2012 **255/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Erster Stadtrat Stoffers erinnerte an das vom Rat beschlossene Haushaltssicherungskonzept zur Konsolidierung der städtischen Finanzen. Von den insgesamt 13 Mio. € p.a., welche die Verwaltung seinerzeit dem Rat zur Beschlussfassung vorschlug, seien Maßnahmen in Höhe von 11 Mio. € vom Rat mitgetragen worden. Der nun vorgelegte Haushaltssicherungsbericht (HSB) stelle den Umsetzungsgrad der einzelnen Maßnahmen zum Stichtag 30.06.2011 dar. Ein Großteil der bisher noch nicht vollständig umgesetzten Maßnahmen komme jedoch erst nach diesem Stichtag zur Ausführung und sei von daher im Bericht als noch nicht umgesetzt dargestellt. Unzufrieden sei nun die Verwaltung lediglich mit der Umsetzung der Maßnahmen welche sich auf den „Konzern Stadt" bezögen. Hierfür gebe es jedoch eine Vielzahl von unterschiedlichen Gründen, diesen werde die Verwaltung nun nachgehen.

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass die Kommunalaufsicht bisher lediglich den Haushalt 2011 im Doppelhaushalt 2011/2012 vollständig genehmigt habe. Um auch eine vollständige Genehmigung für 2012 zu erreichen, seien aus seiner Sicht noch erhebliche Anstrengungen für eine weitere Konsolidierung notwendig. Der HSB weise auf eine etwaige bilanzielle Überschuldung der Stadt zum Jahresende 2018 hin. Dies gelte es unbedingt zu verhindern, da dies einer „faktischen Insolvenz" gleich käme. Er stelle sich jedoch die Frage, welche Konsequenzen Rat und Verwaltung aus dem vorliegenden HSB tatsächlich ziehen werden und regte an, beispielsweise dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes zur Einrichtung einer zentralen Vergabestelle zu folgen.

Herr Stoffers bestätigte, dass die Verwaltung beabsichtige, eine zentrale Vergabestelle für den Bereich der Kernverwaltung und für die städtischen Eigenbetriebe einzurichten. Eine eigens hierfür eingesetzte Projektgruppe arbeite derzeit die entsprechenden Vorschläge zur Umsetzung und Ausgestaltung aus.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat nimmt den Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2012 sowie die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis.

5.4 Änderung der Hundesteuersatzung **256/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Wilhelmshaven vom 17.11.1994 in der Fassung vom 01.01.2002.

5.5 Aufhebung Jagdsteuersatzung **295/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Aufhebung der Jagdsteuersatzung der Stadt Wilhelmshaven vom 22.11.1990 mit Wirkung vom 01.04.2012.

5.6 Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer **267/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderung der Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer der Stadt Wilhelmshaven vom 17.11.2010.

Wirtschaftspläne Gesellschaften:

Herr Dr. von Teichman kritisierte, dass die Wirtschaftspläne insgesamt nicht nach einem einheitlichen Muster erstellt würden. So bestünden einige Wirtschaftspläne aus lediglich 3 Seiten während andere sehr ausführliche und vollständige Informationen enthielten.

Erster Stadtrat Stoffers teilte mit, die Verwaltung habe dieses Problem erkannt und werde daher dem künftigen Rat eine neue „Beteiligungsrichtlinie“ vorlegen, welche u.a. auch entsprechende verbindliche Muster für die Erstellung der Wirtschaftspläne vorsehe.

5.7 Wirtschaftsplan 2012 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH **287/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2012 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH wird zugestimmt.

5.8 Wirtschaftsplan 2012 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH **288/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman kritisierte, dass sich die Gesellschafterversammlung bisher noch nicht mit dem Wirtschaftsplan 2012 befasst habe und diesen folglich auch noch nicht beschlossen habe.

Fachbereichsleiter Valnion erläuterte, das Zahlenwerk im Wirtschaftsplan 2012 entspreche 1 zu 1 dem Zahlenwerk aus dem Wirtschaftsplan 2011. Eine Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2012 durch die Gesellschafterversammlung könne und werde auch noch nach der Ratssitzung stattfinden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2012 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH wird zugestimmt.

5.9 Wirtschaftsplan 2012 der Beteiligungsgesellschaft der Stadt Wilhelmshaven mbH **289/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2012 der Beteiligungsgesellschaft der Stadt Wilhelmshaven mbH wird zugestimmt.

Wirtschaftspläne Eigenbetriebe:

5.10 Wirtschaftsplan 2012 des RNK-Eigenbetriebes **291/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman kritisierte, dass im vorgelegten Erfolgsplan lediglich das Planjahr 2012 dargestellt sei und nicht auch eine mittelfristige Planung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städt. Kliniken und soziale Einrichtungen – für 2012 wird beschlossen.

Ein Kassenkreditvolumen von 7,652 Mio. Euro wird beschlossen.

Ein Kreditvolumen in Höhe von 3,5 Mio. Euro wird beschlossen

5.11 Wirtschaftsplan 2012 der Städtischen Datenverarbeitung W´haven **274/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Die Fragen von **Frau Bauermeister** (*Kostenerstattungen*) sowie von **Herrn Dr. von Teichman** (*Änderungen im Stellenplan*) wurden von **Betriebsleiter Rüttgers** beantwortet.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2012 der Städtischen Datenverarbeitung Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

5.12 Satzung zur 1. Änderung der Satzung für die städtischen Friedhöfe der Stadt Wilhelmshaven vom 28.11.2007 **292/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Satzung zur 1. Änderung der Satzung für die städtischen Friedhöfe der Stadt Wilhelmshaven vom 28.11.2007.

5.13 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Friedhöfe der Stadt Wilhelmshaven vom 17.11.2010 **293/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Gebührensätze der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtischen Friedhöfe der Stadt Wilhelmshaven vom 17.11.2010 bleiben für 2012 unverändert (gem. Anlage 3+4).

5.14 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven (Straßenreingungs-Gebührensatzung) **305/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Frau Bauermeister wies auf die Schwierigkeiten im Bezug auf die Straßenreinigung aufgrund von parkenden Fahrzeugen hin und bat die Verwaltung, hier Abhilfe zu schaffen. **Frau Aljets** schlug vor, entsprechende Hinweisschilder aufzustellen.

Herr Menke entgegnete, die Problematik sei den TBW seit langer Zeit bekannt. Entsprechende Modellversuche, z.B. mit geeigneten Hinweisschildern oder ähnlichen Maßnahmen, hätten bereits stattgefunden. Die TBW werde die Thematik weiterhin im Auge behalten.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Gebührensätze der „Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven (Straßenreinigungs-Gebührensatzung)“ vom 22.11.1990 in der Fassung vom 28.11.2007 bleiben unverändert.

5.15 Wirtschaftsplan TBW 2012 **306/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman erinnerte an die nunmehr vollzogene Zusammenlegung der ehemaligen Eigenbetriebe WEB (*Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe*) und SGW (*Straße und Grün in Wilhelmshaven*) zum jetzigen Eigenbetrieb TBW (Technische Betriebe Wilhelmshaven). Die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme werde sich seiner Auffassung nach mit der Zeit bestätigen. Dringender Handlungsbedarf sei jedoch im Bereich der Sanierung der Straßen zu erkennen. Auch die Qualität der in jüngster Zeit in diesem Zusammenhang durchgeführten Maßnahmen sei aus seiner Sicht verbesserungsbedürftig.

Herr Prof. Reuter entgegnete, es seien schlicht keine ausreichenden Mittel für die Grundsanierung der Straßen vorhanden. Kritik in dieser Sache an die TBW sei daher gänzlich unangebracht. **Herr Schmidt** pflichtete dem bei und ergänzte, es sei nicht fair, die Mitarbeiter der TBW für den schlechten Straßenzustand verantwortlich zu machen. Für diese Tätigkeiten sei ohnehin nur eine sehr dünne Personaldecke vorhanden.

Stadtrat Dr. Graul erläuterte, mit der Ausbesserung der Straßendecken seien insgesamt 12 Mitarbeiter beschäftigt. In den jährlich 200 Arbeitstagen würden hier durchschnittlich rd. 8.000 Reparaturstellen abgearbeitet. Hierbei handele es sich jedoch lediglich um „Ausbesserungen“, nicht um „Grundsanierungen“, für die das Geld weiterhin fehle. **Herr Dr. von Teichman** entgegnete, es ginge ihm nicht um die Aufstockung der Mittel, sondern um einen besseren und effektiveren Einsatz der vorhandenen Mittel, z.B. durch Fremdvergabe der notwendigen Reparaturmaßnahmen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Technischen Betriebe Wilhelmshaven, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2012 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 12.024.150,00 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 8.250.000,00 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite für das Wirtschaftsjahr 2012 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 6.000.000,00 € festgesetzt.

5.16 Beteiligung der Kernverwaltung an den Nettoverkaufserlösen aus Grundstücksveräußerungen des Eigenbetriebes GGS, Verzinsung **124/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Prof. Reuter sowie **Herr Dr. von Teichman** baten um nähere Ausführungen zur Beschlussvorlage.

Fachbereichsleiter Valnion erläuterte, die Übertragung von Grundstücken aus dem Bilanzeigentum der Kernverwaltung in das Bilanzeigentum des Eigenbetriebes GGS erfolgte in drei Schritten (*vgl. BV 233/2006, 195/2007, 288/2008*). Bei der Veräußerung von bebauten Grundstücken aus dem Bilanzeigentum der GGS sei die Kernverwaltung bereits mit jeweils 50% an den entstehenden Nettoverkaufserlösen bzw. Nettoverkaufsverlusten beteiligt. Eine ähnliche Regelung für unbebaute Grundstücke war bisher nicht vorgesehen. Nun schlage die Verwaltung eine 20%ige Beteiligung der Kernverwaltung auch an den entstehenden Nettoverkaufserlösen bzw. Nettoverkaufsverlusten bei Veräußerungen von unbebauten Grundstücken aus dem Bilanzeigentum der GGS vor.

Im Gegenzug solle die bisher verabredete Verzinsung der von der Kernverwaltung in den Eigenbetrieb GGS eingebrachten nur schwer verwertbaren „Restflächen" (*Brachflächen, Unland etc.*) von bisher 5% auf künftig nur noch 1 % gesenkt werden. Für alle übrigen eingebrachten Flächen solle es jedoch weiterhin bei einer Verzinsung von 5 % bleiben.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Mit Wirkung zum Haushaltsjahr 2012 wird die Kernverwaltung zu 20% an den Nettoverkaufserlösen / -verlusten aus Grundstücksveräußerungen von unbebauten Grundstücken aus dem Bilanzeigentum des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (*GGS*) beteiligt.

Die Verzinsung für die nicht oder nur schwer vermarktungsfähigen „Restflächen" im Bilanzeigentum von GGS sinkt im Gegenzug zum Haushaltsjahr 2012 von bisher 5% auf künftig 1%.

5.17 Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes GGS **285/2011**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Kreditaufnahmen für Investitionen sind in Höhe von 7.854.400 € vorgesehen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 4.094.400 € festgesetzt.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Schwerlastverkehr Südstadt

Herr Rech berichtete von Bürgerbeschwerden hinsichtlich des aufkommenden Schwerlastverkehrs im Bereich der Südstadt. Seit Beginn der Bauarbeiten an der Bahnstrecke Wilhelmshaven ~ Oldenburg käme es wiederholt bereits in den frühen Morgenstunden ab 5:20h zu erheblichen Lärmbelästigungen durch den Schwerlastverkehr. Es bat die Verwaltung darum, sich diese Problemstellung anzunehmen.

Stadtrat Dr. Graul entgegnete, diese Problematik sei der Verwaltung grds. bekannt. Aus der Sicht der Verwaltung stünden jedoch kaum adäquate Mittel zur Verfügung, an den Gegebenheiten etwas zu ändern.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 15:40 Uhr

Stoffers Erster Stadtrat	Glaser Vorsitzende	Engesser Protokollführer